

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 396.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Druckerei für Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 a. G.
Zweite Ausgabe

Zweite Ausgabe

Angelagerung für Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 a. G.
Telephon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1272.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 a. G.
Telephon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Donnerstag, 24. August 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16290.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Unverfrorenheit.

In Ausführung eines Ministerialerlasses ist die nationale Jugendpflege allenfalls in großem Maße. Überall besetzen sich die Gemeindevorstände und Vertretungen, über Mittel und Wege zu beraten, in der Jugend das wackerste Bewußtsein zu pflegen und der klassenübergreifenden sozialdemokratischen Jugendbewegung einen Raum entgegenzusetzen. Die Bildungsgelegenheiten werden, wo es nötig ist, ergänzt und erweitert, Spielplätze werden errichtet und Räume reserviert, um auch Spiel und Freizeigewinn in den Dienst der Jugendziehung zu stellen. Sogenannte Jugendausflüge, bestehend aus den hervorragendsten Mitgliedern der Gemeinden, haben sich an die Spitze der Bewegung gestellt. Das kostet natürlich einiges Geld, zumal das Viehe für Jung-Deutschland gerade gut genug ist. Niemand darf denn auch mit seiner Zustimmung in den Gemeindevorständen seinen Beitrag leisten, um mit der Begründung, so lange nichts bewilligt zu können, wie die Begründungsorganisationen in den Jugendausflügen nicht vertreten sein dürften und die von der Regierung befohlene Jugendpflege „einseitig“ national, d. h. gegen die Sozialdemokratie gerichtet sei. Unverfrorenheit war nie die schwache Seite am Sozialdemokraten, aber was mit dieser Begründung verlangt wird, geht doch einige Grade darüber hinaus. Wesentlich sei der jetzt schon eingeschlagene Weg, die Jugend zu pflegen, meinten die Herren von der roten Internationalen A. B. im Dortmunder Stadtparlament, man möge sich die Arbeit der freien Jugendorganisationen mal ansehen. Daß so manche dieser freien Jugendvereine die Auflösung ereilt, hat seine Ursache natürlich nicht in der politischen Tendenz der Vereine, wie die Kapitalistenpresse der Welt einzureden versucht, sondern darin, daß man die Bildungsbestrebungen dieser Vereine nicht billige und, die breiten Massen in Unwissenheit und Stumpfheit, in blinder Unterwürfigkeit gegenüber ihren Ausbeutern und in fatalistischer Zudröbenheit mit ihrer Lage erhalten zu sehen wünsche. Schuld an der schlechten Volksbildung ist selbstverständlich der dreimal bermalte Sozialismus, der verhindert, daß das Volk echte und wahre Bildung genießen könne, weil er fürchte, seine Herrschaft, sein Profil werde davon bedroht.

Wer wagt es denn nun, „echte und wahre“ Bildung, der „unbedenkliche Weg“ nach sozialdemokratischer Meinung, Jürgen Brand, eine gefeierte Größe unter den sozialdemokratischen Jugendbildnern, verriet es jüngst auf einer öffentlichen Demonstrationssammlung der sozialdemokratischen rheinisch-westfälischen Jugendvereine mit folgenden Worten: „Was wißt ihr vom Menschen, wie er entstanden ist und wie er sich entwickelt hat? Was wißt ihr von den Verhältnissen der menschlichen Gesellschaft? Welches ihre Entwicklungsstadien sind? Welche Bedeutung sie haben für die Menschen?“ Also abstrakte Biologie und soziologische Spekulation, über die sich die Glorie der Geisteswelt selbst noch streitet, sind der „unbedenkliche Weg“, eine Jugend, die eben die Volksschule verlassen hat, psychisch und praktisch für Leben zu rüsten. Wer die sozialdemokratische Jugendbewegung durchdringt hat, wird die politische Tendenz aus diesen Fragen unklar herauskriegen. Über Jürgen Brand hat auch für den, der sie nicht so eingehend kennt, den nötigen Beweis von ihrem politischen Verstand. Er appelliert an das Klassenbewußtsein der Jugend mit folgenden Worten: „Geht frei herbei ihr erst dann, wenn ihr euch wirtschaftlich befreit habt, und dieses kann nur geschehen, wenn ihr Glieder der großen Arbeiterbewegung seid, und dieses ist der Fall, wenn ihr Glieder der freien Jugendbewegung seid, denn sie ist nur ein Teil der großen gewaltigen Bewegung.“

Berücksichtigt man, daß diese offizielle Aufreizung der Jugend gegen die bestehende Wirtschaftsordnung ausgerechnet auf einer Versammlung erfolgte, die einberufen worden war, gegen die Maßnahmen der Behörden zu protestieren, die angeblich zu Unrecht den freien Jugendvereinen politische Tendenzen unterstellten; berücksichtigt man ferner, daß die Presse, die die Gemeindevorstellungen verächtlich, Feinde der Arbeiterjugend zu erwarten, daß er wichtigeres zu tun habe, als Liebesund Treue zu raufen und Reich zu pflegen und sich in nationaler Feinnennung zu betätigen, so erhält man eine Vorstellung von den Steigerungsmöglichkeiten sozialdemokratischer Unverfrorenheit, zumal wenn man die umwante Rede der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, die mit Vaterlandsliebe zu brühen, in Verbindung mit dem Verlangen hinuntermitteln, für den „unbedenklichen Weg“ der freien Jugendorganisation Staats- und Gemeindegeld zur Verfügung zu stellen.

Ein verhängiger Kommentar.

Es ist mit großer Genugtuung zu begrüßen, daß trotz der Erörterung, mit der der Liberalismus in den letzten Jahren gegen alles Konserervative genötigt hat, doch noch vereinzelte, wenigstens aus dem nationalliberalen Lager Stimmen vernommen werden, die darauf schließen lassen, daß man auch dort drüben noch nicht alle Objektivität und Gerechtigkeit verloren hat. Denn was dieser Lage der nationalliberalen „Schwäbische Merkur“ zu der sogenannten konservativen Stichwahlparole äußerte, deutet auf ein so ehrliches Streben, auch dem Gegner gerecht zu werden, hin, daß man sich auch schon allein vom Standpunkte der politischen Moral der Unternehmungen des führenden sächsischen Blattes freuen kann.

Das Wort geht zunächst davon aus, daß es selbstverständlich ein großer prinzipieller Unterschied sei, ob man bei einer Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem Feindesheiler der Unsturzpartei dem Sozialdemokraten die Stimme gebe, oder ob man sich die Wahlenthalte. Nur einzig und allein die letztere Möglichkeit sei von den konservativen erwogen worden entgegen allen anderslautenden liberalen Darstellungen. Freilich, führt der „Schwäbische Merkur“ weiter aus, könne durch Wahlenthaltung der Konserativen die Sozialdemokratie indirekt „gefördert“ werden, aber diese Förderung brauche nicht gewollt zu sein; sie könne nur nicht verhindert werden, weil die beiden Stichwahlkandidaten den konservativen Wählern als gleich große Uebel erschiene. Die Zustimmung aber für einen sozialdemokratischen gegen einen bürgerlichen Kandidaten sei unter allen Umständen gleichbedeutend mit einer beabsichtigten Förderung der Sozialdemokratie.

„Aber“, so fährt dann das nationalliberale Organ wörtlich, „es ist noch ein anderer, verhängnisvoller Unterschied. Der Kandidat, der sich nicht entschließen kann, in der Stichwahl einen bestimmten gegen einen Sozialdemokraten herauszugeben, ändert dabei nichts an seiner Stellung zu der Tatsache, daß die Sozialdemokratie die Teilnehmerin von Staat und Gesellschaft ist; der Liberale aber, der die Parole ausgiebt, bei Stichwahlen zwischen einem Sozialdemokraten und einem Angehörigen des „schwarzen-blauen Lagers“ den Sozialdemokraten zu wählen, ist, wenn er nicht mit sich selbst in einem unauflösbaren Widerspruch geraten will, gezwungen, diese Tatsachen zu leugnen und vielmehr die Sozialdemokratie für eine „Kulturpartei“ zu erklären, aus deren durch die gemeinsame Arbeit gegen die „Reaktion“ zu erreichender Gewinnung für den Staat dem Vaterland unauflöslicher Segen erwachsen werde. Niemand, der sich die nötige Unbequemlichkeit des Urteils gewahrt hat, ist im Zweifel darüber, daß in der Verbreitung dieses ungeheuerlichen Irrtums eine der schlimmsten Gefahren für unsere innere Entwicklung enthalten ist. Und deshalb wird es auch nicht genügen, das Schlechterdings nicht zu rechtfertigende Unternehmen einer Unterbrechung der sächsischen Wahlpolitik auf dem Reich mit unendlich gleichwertigen Sünden der konservativen Parteileitung zu beschönigen.“

Leider ist nur damit zu rechnen, daß der „Schwäbische Merkur“ hier ein Vorbild in der Blüte des Liberalismus bleiben wird. Unter allen Umständen aber ist bemerkenswert und verdient festgehalten zu werden, daß überhaupt ein nationalliberales Wort von der Bedeutung des „Merkur“ in der Beurteilung konservativer Angelegenheiten ein so hohes Maß von Objektivität an den Tag legt, daß sich nicht etwa bloß liberale Blätter daran ein Beispiel nehmen könnten.

Der Militäretat in Italien.

Die für die militärischen Ausgaben im Etatsjahr 1911/12 vom Parlament bewilligten Gelder belaufen sich insgesamt auf 396 191 200 Lire. Von dieser Summe entfallen 336 351 220 Lire auf die ordentlichen Ausgaben, 59 840 000 Lire auf die außerordentlichen. Im Vergleich mit dem Vorjahre weist das diesjährige Militäretat eine Erhöhung von 39 119 800 Lire auf, von denen 29 622 800 Lire auf die ordentlichen und 9 497 000 Lire auf die außerordentlichen Ausgaben entfallen. Von den Mehrbeträgen im ordentlichen Etat müssen 13 Millionen für die teuer gewordenen Lebensmittelpreise und Erhöhung der Pferdeationen, sowie für die Anmerkungen im Truppenverwaltungsdienst verwendet werden. An die Gesamtzahl aller Truppen werden jährlich 75 Bationen ausgestellt, und da jede von ihnen infolge der Verteilung der Lebensmittel 10 Centesimi mehr kostet, als früher, ist die Höhe dieses Etatspostens wohl erklärlich. Weitere 3 Millionen fordern die zweijährige Dienstzeit, 4 Millionen sind nötig für die allmähliche Durchführung der noch nicht abgeschlossenen Seeresreform, insbesondere auf arktischen Gebieten, 3 Millionen werden gebraucht für Verbesserung der Lage der Unteroffiziere und für Gehaltsüberhöhungen im fünfjährigen Turnus von Offizieren und weitere 3 Millionen für Standesbesserungen der Truppen. Unter den außerordentlichen Ausgaben sind besonders zu verzeichnen: 1 250 000 Lire für Sandeuvierfahrten, 14 938 350 Lire für die Feldartillerie, 6 400 000 Lire für Mobilisationsvorräte, 2 Millionen Lire für Pferdeanfäufe, 9 894 000 Lire für

Ver- und Ausrüstung von Küsteneinfestigungen, 17 956 000 Lire für den Bau und die Ausrüstung von Grenzsicherungsanlagen, 5 950 000 Lire für Militärgebäude, 125 000 Lire für radiotelegraphische Stationen.

In den dem Militäretat beigegebenen Anlagen geht der Kriegsminister auch auf die Militärschulen ein und gibt die Zahl der für den Wettbewerb im Jahre 1911/12 offenen Stellen mit 330 für die Militärschule in Modena, davon 300 für die Infanterie und 30 für die Kavallerie, an. Auf der Militärschule in Turin sind 130 Plätze frei; von den Anwärtern müssen am Schluß des Unterrichtsjahres mindestens 30 dem Genie überwiesen werden. Der Minister macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß diese Zahlen nur berechned sind, für die normale Ergänzung der Kadets, daß aber die Notwendigkeit, die Kadets namentlich der technischen Waffen zu vermehren, zu Ausnahmemaßnahmen zwingt. Infolge dessen hat General Spingardi die Verfügung getroffen, daß über den Etat noch 45 Anwärter (25 der Artillerie, 20 vom Genie) zur Aufnahmeprüfung zur Militärschule zugelassen sind. Die sich hierzu meldenden jungen Leute müssen ein dem Zivilingenieur entsprechendes Diplom vorlegen und mindestens 19 Jahre alt sein oder dürfen höchstens am 15. November 1911 das 25. Lebensjahr erreichen.

Die italienische Presse, die sich diesmal ganz besonders eingehend mit dem Militäretat befaßt, weist darauf hin, daß die diesjährige Steigerung der militärischen Ausgaben notwendigerweise eine Reihe von Jahren andauern müssen. Denn einmal koste die Ausbildung der Truppe nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit mehr als bisher, und zwar deshalb, weil die wichtigeren Ausbildungszweige intensiver betrieben werden müssen. Also u. a. längere und mehr Schießübungen für die Infanterie und Artillerie, daher mehr Munition für beide, ausgebehobene Benutzung der Truppenübungsplätze und regelmäßige Herbfübungen in größeren Verbänden, wodurch nicht unerhebliche Mehraufwände an Tagelöhnen, für Truppentransporte und Kur-entschädigungen entstehen. Ferner sei beachtlich, daß Friedenseffektiv des Heeres von heute: 240 000 Mann allmählich auf 250 000 Mann zu bringen. Das sei notwendig, einmal, um die neuerrichteten Truppenteile aufzustellen, hauptsächlich aber, um endlich mit dem minimalen Friedensstande der unteren Einheiten aufzuräumen, der bisher die Ausbildung so sehr erschwert und verzögert habe. Nichtsdestoweniger sei aber dies Ziel nur zu erreichen durch strenge Anwendung und Durchführung des neuen Wehrgesetzes, das mit dem früheren Mißbrauch der vielen Dienstbefreiungen bricht und die Entlassung des vollen Jahreskontingents mit nur wenigen Ausnahmen fordert. Um übrigen seien aber auch die jetzigen Mittel, so wird weiter erörtert, die Italien für Meer und Flotte verende, im Vergleich zu den übrigen Großmächten in keiner Weise zu hohe zu nennen. Denn Frankreich z. B. habe Wehrleistung nicht jahrelang sei als die Italiens vorausgabe im neuen Etat für seine militärischen Streitkräfte 1 247 700 000 Lire, Rußland 1 315 700 000 Lire, England 1 708 500 000 Lire, Deutschland 1 330 500 000 Lire, Oesterreich 692 500 000 Lire. Italien brauche im laufenden Jahre für seine Armee und Kriegsmarine nur 588 400 000 Lire.

Deutsches Reich.

* Die „Hohenzollern“ ist durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Altona abgegangen, um dem Kaiser während der Paraden als Wohnschiff zu dienen.

* Reichstagsabgeordneter Frank 4. Reichstagsabgeordneter, Zomberg und Geisler hat Frank (Zentrum, S. Oepeln) ist gestorben.

* Der Austritt der Handelskammer Saarbrücken aus dem Handelsbund. In der Niederschrift über die Sitzung der Handelskammer Saarbrücken, die den Austritt der Kammer aus dem Handelsbund befaßt, finden sich folgende Ausführungen über die Gründe, die diesen Entschluß veranlaßt haben:

„Die Handelskammer hat sich bereits in ihrem Jahresberichte kritisch über die Tätigkeit des Handelsbundes geäußert. Anlässlich der vom Minister für Handel und Gewerbe das Ausschreiben der Annahmen aus dem Handelsbund angeordnet, hat dieser sich mit allgemeiner Wirtschaftsprüfung und Wirtschaftspolitik befaßt und diese die Bestimmungen über die Annahmen ausföhrlich. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann der Minister auch zu dem Erkenntnis kommen wird, daß der Handelsbund eine politische Vereinigung ist, und den Austritt der Handelskammer Saarbrücken vorzubereiten. Auf dem ersten deutschen Handelskongress am 12. Juni 1911 sind nur einige Dinge geschehen, welche zunächst den Austritt des industriellen Saarbrückens des Handelsbundes, Landrat Richter, und der Austritt einer großen Anzahl industrieller Verbände veranlaßt haben.“

Es werden dann die Stellen aus dem Stenogramm des Geheimrats Nießer vorgebracht, welche Anlaß zu diesen Ausführungen boten. Am Ende der Niederschrift heißt es dann weiter wörtlich:

„In seinem persönlichen Schlußwort hat Nießer dann weiter von der Sammlung gegen die Sozialdemokratie erklärt, daß sie

